

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@wesermarsch.de

Brake, den 11.12.2023

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		FinA/49/2023
Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Dienstag, 05.12.2023	16:35 bis 20:41 Uhr	Kreishaus, Großer Saal, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Johann Evers	bis 18:27 Uhr in Vertr. des Abg. Thümler
Hans Francksen	in Vertr. des Abg. Wollgam
Reiner Gollenstede	Kreistagsmitglied
Torben Hafeneger	Kreistagsmitglied (Vorsitz)
Jürgen Janssen	ab 18:27 Uhr in Vertr. des Abg. Thümler
Dieter Kohlmann	in Vertr. des Abg. Doormann
Torsten Lange	in Vertr. des Abg. Krippner
Ursula Schinski	Kreistagsmitglied
Daniel Stellmann	Kreistagsmitglied
Thomas Wenzel	Kreistagsmitglied
Erika Weubel	Kreistagsmitglied
Manfred Wolf	Kreistagsmitglied

Beratende Mitglieder

Albert Mumme

von der Verwaltung

Sigrid Allmers	FD 20 - Finanzen
Maren Jehlicka	FD 91 - Büro des Landrates - Protokollführung
Stephan Siefken	Landrat
Maren Würger	Leiterin Dez. 1

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Siegmar Wollgam	Kreistagsmitglied (Vorsitz)
Heinz Doormann	Kreistagsmitglied
Leonard Krippner	Kreistagsmitglied
MdL Björn Thümler	Kreistagsmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bereitstellung von Mitteln des Kreisentwicklungskonzeptes für das investive Projekt "Anpassung der Wasserwirtschaft an den Klimawandel im Landkreis Wesermarsch" in Höhe von 150.000 €
Vorlage: 2023/FD20/207
- 6 Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2023 - Stand 31.10.2023
Vorlage: 2023/FD20/206
- 7 Überplanmäßige Aufwendungen für eine Sonderzahlung an die Kommunen
Vorlage: 2023/Dez.1/047
- 8 Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Jahr 2024
Vorlage: 2023/FD20/202
- 9 Haushaltssicherungskonzept 2024
Vorlage: 2023/FD20/208
- 10 Investitionsprogramm 2024 - 2027
Vorlage: 2023/FD20/204
- 11 Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2023/FD20/205

- 12 Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2023/FD20/203
- 13 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
---	---

Der stv. Ausschussvorsitzende Hafener eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um zwei nichtöffentliche Tagesordnungspunkte (Vorlage Nr. 2023/FD20/209 als neuer TOP 18, Vorlage Nr. 2023/FD20/210 als neuer TOP 19) zu erweitern. Dieser Erweiterung wird einstimmig zugestimmt.

3	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
---	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 23.09.2023 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Einwohnerfragestunde
---	----------------------

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

5	Bereitstellung von Mitteln des Kreisentwicklungskonzeptes für das investive Projekt "Anpassung der Wasserwirtschaft an den Klimawandel im Landkreis Wesermarsch" in Höhe von 150.000 € Vorlage: 2023/FD20/207
---	--

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Herr Wolf erkundigt sich, wie konsumtive Mittel in investive umgewidmet werden können. Frau Würger erklärt, dass dies nur durch einen Kreistagsbeschluss möglich ist.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Aus dem konsumtiven Haushaltsansatz für Maßnahmen des Kreisentwicklungskonzeptes beim Produkt 1.5710.9118 /Wirtschafts – und EU Förderung werden 150.000 € für die Durchführung des investiven Projektes „Anpassung der Wasserwirtschaft an den Klimawandel im Landkreis Wesermarsch“ zur Verfügung gestellt.

6	Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2023 - Stand 31.10.2023 Vorlage: 2023/FD20/206
---	---

Frau Würger geht auf die Sitzungsvorlage ein. Derzeit ergibt sich eine Ergebnisverbesserung von 3,4 Mio. EUR aufgrund der Entwicklung bei der EWE. Zudem konnten investive Maßnahmen weiter aufgearbeitet werden.

Herr Gollenstede weist darauf hin, dass von 50 investiven Maßnahmen 14 abgeschlossen sind, 32 sind noch offen und 4 vor dem Abschluss stehen. Was ihm ins Auge gefallen ist, sind Maßnahmen im Wert von 7 Mio. EUR bei der BBS, die zeitlich nicht bestimmt sind.

Frau Würger weist hier auf die Wechselwirkung zwischen den Maßnahmen und dem personellen Bereich durch noch ausstehende Nachbesetzungen hin.

Die Verwaltung berichtet zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung mit Stand 31.10.2023.

7	Überplanmäßige Aufwendungen für eine Sonderzahlung an die Kommunen Vorlage: 2023/Dez.1/047
---	---

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Herr Stellmann stellt heraus, dass die Beschlussvorlage die Empfehlung der Verwaltung in Höhe von 1,7 Mio. EUR darstellt. Die CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe hat eine Sonderzahlung in Höhe von 2 Mio. EUR beantragt, die SPD möchte über 2,5 Mio. EUR auszahlen. Vom Überschuss sollte auf jeden Fall etwas zurückbehalten werden.

Herr Gollenstede verweist auf die Haushaltssicherung und erkundigt sich nach der weiteren Planung.

Frau Würger erklärt, dass der voraussichtliche Jahresüberschuss 2022 zur Deckung sämtlicher Fehlbeträge sowie für eine Überschussrücklage in Höhe von knapp 5 Mio. EUR führen wird.

Herr Siefken erläutert, dass bislang die Überschüsse hälftig auf Landkreis und Kommunen aufgeteilt wurden und appelliert an die Ausschussmitglieder, dies so zu belassen. Die mittelfristige Finanzplanung wird negativ abschließen.

Herr Francksen erkundigt sich nach Rückstellungsbildungen im Jahresabschluss und wofür diese verwendet werden soll.

Frau Würger teilt mit, dass Rückstellungen beispielsweise für Unterhaltungsmaßnahmen vorzunehmen sind. Werden diese nicht nachgeholt, dann werden sie nach den Bilanzierungsgrundsätzen abgeschrieben.

Herr Wolf weist auf das überproportional gute Ergebnis 2021/2022 hin. Der EWE-Anteil sollte an die Kommunen weitergegeben werden.

Herr Francksen verweist auf die finanziellen Nöte der Kommunen.

Stv. Ausschussvorsitzender Hafener lässt über den Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe, die Sonderzahlung auf 2 Mio. EUR anzuheben, abstimmen.

Dem Kreisausschuss wird mehrheitlich empfohlen:

Den überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 117 NKomVG i. H. v. 2 Mio. EUR für eine Sonderzahlung an die Kommunen wird zugestimmt.

8	Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Jahr 2024 Vorlage: 2023/FD20/202
---	--

Frau Würger trägt anhand einer Präsentation die Änderungen / Anträge zum Etat 2024 vor. Sie beginnt mit dem Ergebnishaushalt.

Beginnend mit dem **Betriebsausschuss Abfallwirtschaft** werden die beantragten Aufwendungen in Höhe von 30.000 EUR als Zuschuss zur Abfallentsorgung bei chronischer Inkontinenz einstimmig empfohlen.

Die im **Ausschuss für öffentliche Ordnung und Feuerwehr** beantragten Aufwendungen für die Jugendhilfe Wesermarsch für Verkehrserziehung in Höhe von 5.000 EUR sowie 12.000 EUR für Fahrsicherheitstraining Fahranfänger werden einstimmig empfohlen.

Die im **Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration** beantragte Förderung der Außenstelle der Phoenix Fachberatung für Sexarbeitende wurde im Fachausschuss abgelehnt. Hierzu teilt Herr Francksen mit, dass aufgrund der Stimmengleichheit für ihn der Antrag nicht abgelehnt ist.

Herr Stellmann weist darauf hin, dass Stimmengleichheit immer Ablehnung bedeutet. Herr Lange beantragt, in diesem Ausschuss nochmals über die Ablehnung der Förderung der Phoenix-Fachberatung abzustimmen.

Mit 7 Ja-Stimmen bei 3 Neinstimmen wird der Antrag auf Förderung abgelehnt.

Die beantragten 7.000 EUR für das Palliativnetzwerk Wesermarsch werden einstimmig empfohlen.

Die im **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung** beantragten 5.000 EUR als Zuschuss für die Gedenkstätte Wehnen mit Sperrvermerk werden einstimmig empfohlen.

Die für eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Wahlhelfer beantragten 800 EUR werden einstimmig empfohlen.

Der Antrag der SPD zum Zuschuss Fähre ist ohne Haushaltsrelevanz.

Der im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft** abgelehnten beantragten Förderung von Weserschutz e. V. wird bei einer Enthaltung mehrheitlich gefolgt.

Im **Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport** wurden 2.400 EUR als Übernahme der Kosten für die medizinische Untersuchung zum Personenbeförderungsschein für die Busfahrer der Bürgerbusvereine beantragt. Diese Aufwendungen werden einstimmig empfohlen.

Die beantragte Verlängerung der Übernahme der Fahrtkosten der Schulen zum Digitalen Lernort Technik im Innovationszentrum bis 2026 wird einstimmig empfohlen.

Die Ablehnung der Änderung der Schülerbeförderungssatzung bezüglich des TIM-Tickets wird einstimmig empfohlen.

Zum Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe zur Finanzierung der Museumskonzeption weist Frau Würger auf die weiteren Beschlüsse im Zusammenhang der Museen hin.

Der Antrag zum Museumspass für Grundschulkindern in Höhe von 2.000 EUR wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe zu Dynamisierung in Höhe von 2 % ab 2025 bei Wegfall des Erhöhungsbetrags wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe zur Sondermitteln von 25.000 EUR wird von Herrn Lange erläutert. Der Museumsverband soll gestärkt, die Mittel sollen für die Weiterentwicklung genutzt werden.

Herr Francksen weist darauf hin, dass hier kein konkreter Gegenstand für die Mittel genannt ist. Ggf. sollte die Summe mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Herr Wolf ergänzt, dass die Mittel nicht auf Themen eingegrenzt werden sollen.

Der Antrag wird einstimmig empfohlen.

Dem Antrag auf Erhöhung des Zuschusses für das Schiffahrtsmuseum in Höhe von 14.100 EUR für 2024 und 19.100 EUR in 2025 wird einstimmig empfohlen.

Dem Antrag auf Erhöhung des Zuschusses für das Handwerkermuseum um neu 3.100 EUR wird einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag des Nationalpark-Hauses auf Erhöhung des Zuschusses für das Museum Fedderwardersiel in Höhe von neu 5.000 EUR wird einstimmig empfohlen.

Hinsichtlich der Erhöhung des Zuschusses an die Musikschule in Höhe von 150.000 EUR war im Fachausschuss noch über eine Koppelung an einen Sperrvermerk gesprochen worden. Herr Stellmann erklärt, dass die Summe ohne Sperrvermerk eingestellt werden soll. Er weist aber darauf hin, dass die stetige Summenerhöhung kein Selbstgänger ist. Bis zum 3. Quartal 2024 sollen Vorschläge für eine neue Konzeption seitens der Musikschule entwickelt werden. Der Antrag wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag der Ländlichen Erwachsenenbildung auf 4.000 EUR wird einstimmig empfohlen. Herr Kohlmann hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung des Zuschusses an den Kreissportbund in Höhe von 10.000 EUR für 2024 und 20.000 EUR für 2025 wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag zum Musikfest Bremen zu Gast im Landkreis Wesermarsch in Höhe von 10.000 EUR wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe auf Verstetigung der Hygieneartikel in Höhe von 10.000 EUR zzgl. der Erweiterung aus dem Fachausschuss hinsichtlich der einmaligen Bereitstellung von Hygienespendern für die Schulen in freier Trägerschaft wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe aus dem **Ausschuss für Kreisentwicklung, Klimaschutz, Inklusion** auf 20.000 EUR für die Organisation und Durchführung eines Ehrenamtstages für modellhafte Projekte im Bereich Inklusion wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag aus dem **Ausschuss für Planen, Bauen, Mobilität** zum Dorfwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ in Höhe von 15.000 EUR wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag zum jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 725 EUR zum Bündnis Hamelner Erklärung e. V. sowie eine Einlage in Höhe von 10.000 EUR wird einstimmig empfohlen.

Die Anträge, die dem **Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen** zugeordnet sind, werden – bis auf den Punkt Erhöhung der Verbandsumlage des Bezirksverbandes Oldenburg (BVO) in Höhe von 94.500 EUR, nach kurzem Austausch en bloc abgestimmt.

Zur Erhöhung der Verbandsumlage des Bezirksverbandes Oldenburg (BVO) in Höhe von 94.500 EUR erläutert Herr Siefken den Hintergrund. Die Mehrkosten entstehen, da Verwaltungskosten nicht mehr auf die Stiftungen des BVO umgelegt werden dürfen. Er schlägt vor, dass der Vorsteher des BVO im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration einmal den Bezirksverband und seine Funktionen vorstellt.

Die Erhöhung wird bei einer Enthaltung mehrheitlich empfohlen.

Die Anträge

- Neustrukturierung der Kreisgesellschaften/Erstellung einer externen Expertise 50.000 EUR einmalig
- Anpassung Verwaltungsgebühren Fahrerlaubnisprüfungen – Ertrag 40.000 EUR
- Änderung aufgrund Anhebung der Düsseldorfer Tabelle Ertrag 80.000 EUR, Aufwendungen 386.000 EUR Zu
- Zuweisung für lfd. Zwecke an die Gemeinden / Wohngeld 200.000 EUR
- Hilfe zur Erziehung / Mehraufwendungen durch Pflegesatzerhöhungen 600.000 EUR
- Anpassung der Honorare Familienhebammen, Erträge 20.000 EUR, Aufwendungen 35.000 EUR

- Neuberechnung FAG, Schlüsselzuweisungen, Kreisumlage, Erträge von 953.600 EUR sowie 1.040.000 EUR werden einstimmig empfohlen.

Frau Würger erklärt, dass damit die Verbesserung bei rd. 450.000 EUR liegen wird.

Zum **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung** teilt Herr Wolf mit, dass dort ein Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe gestellt wurde, für das Marketing der Wirtschaftsförderung Drittmittel einzuwerben.

Herr Stellmann ergänzt, dass der Ansatz reduziert werden könnte, wenn die Wirtschaftsförderung entsprechende Fördermittel akquiriert.

Da das Protokoll der Sitzung noch nicht zur Verfügung steht, soll eine Entscheidung hierzu an den Kreisausschuss verwiesen werden.

Im Anschluss werden die Anträge für das Investitionsprogramm erläutert.

Der im **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung** beantragte Erwerb der INP-Anteile von 12.500 EUR wird einstimmig empfohlen.

Die beiden Anträge aus dem **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft** – Wiedervernässung Teilbereich der Gellener Torfmöörte (Einzahlung 448.000 EUR, Auszahlung 560.000 EUR) sowie Förderung „Große Angelkuhle“ Bohlenweg (Einzahlung 68.900 EUR) – werden einstimmig empfohlen.

Zum **Ausschuss für Planen, Bauen, Mobilität** besteht nach einem regen Austausch zum Antrag der SPD-Fraktion zum Gesundheitsamt / Ersatzneubau Erhöhung Planungskosten Einvernehmen, den Ansatz zu belassen.

Zum Antrag der SPD zu Erhöhung der Investitionsansätze der OBS Elsfleth findet ein reger Austausch statt. Herr Francksen berichtet von einem Besuch der Fraktion vor Ort. Die Fraktionsmitglieder waren z. T. erschrocken über die baulichen Zustände. Unstrittig ist der Sanierungsstau; dieser wird in enger Abstimmung mit der Schulleitung abgearbeitet.

Der Antrag der SPD zur OBS Berne, Erhöhung Planungskosten wegen Zusammenlegung mit der OBS Lemwerder von 100.000 EUR wird nach einem Austausch belassen und thematisch im Fachausschuss weiter beraten werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion zum Gymnasium Nordenham, Planungs-/Investitionskosten Mensa, wird ohne Empfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

Zum Antrag der SPD-Fraktion zur OBS I Nordenham / Alternativer Anbau findet ein Austausch statt. Der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur BBS Brake, Sperrvermerk geplante investive Mittel, wird nach regem Austausch mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe zur Bereitstellung eines zusätzlichen Investitionsbudgets in Höhe von 500.000 EUR als Finanzhilfe zum Umbau des neuen KVHS-Standes in Nordenham wird einstimmig empfohlen.

Zum Antrag der SPD-Fraktion Investitionsbedarf Kreisfeuerwehr geht Herr Francksen auf mögliche Signale aus einer Analyse ein und schlägt vor, die benachbarte Fläche im Gewerbegebiet für eine Erweiterung ggf. zu optieren.

Herr Siefken erläutert das verwaltungsseitige Vorgehen. Mittel für eine Organisationsuntersuchung waren für 2023 eingeplant, es liegen Angebote vor. Es gibt keine Norm für Feuerwehertechnische Zentralen, die einem kommunalen Feuerwehrbedarfsplan entsprechen. Die dortigen Bedarfe werden selbstverständlich mit berücksichtigt.

Herr Francksen erkundigt sich, ob der Auftrag bereits erteilt sei.

Frau Würger teilt mit, dass der Auftrag in dieser Woche erteilt wird.

Zum Antrag der SPD-Fraktion zur Inklusion in Schulen und Sportstätten erläutert Herr Francksen, dass der Fraktion die Summe zu gering erscheint.

Herr Lange verweist auf die AG Inklusion; der Fokus liegt bei der Planung des Ansatzes nicht nur bei Rollstuhlfahrenden.

Herr Stellmann ergänzt, dass diese Inklusionsmittel gedacht sind für beispielsweise spezielle Fenstervorhänge für Sehbehinderte; Fahrstühle sind anders eingeplant.

Frau Schinski erklärt, dass für den Einbau eines Fahrstuhls im Schiffahrtsmuseum LEADER-Mittel in Höhe von 80 % akquiriert werden konnten.

Herr Wolf teilt mit, dass LEADER nicht für Maßnahmen in Schulen in Frage kommt. Er schildert, dass die Budgets im Grunde nicht den Bedarf abbilden können, die Lücke ist immer zu groß. Aus diesem Grund ist die AG Inklusion geschaffen worden.

Herr Francksen beziffert auf die Frage, welche Summe beantragt wird, dass aus seiner Sicht für 2024 mindestens 100.000 EUR benötigt werden. Mittelfristig müssten die baulichen Mittel aufgestockt werden.

Herr Siefken verweist in diesem Zusammenhang auf die Zuständigkeit des Fachausschusses.

Herr Janssen geht auf die mittelfristige Finanzplanung ein. Bei Neu- und Anbauten werden Aufzüge mit eingebaut. Er weist aber auch nochmals darauf hin, dass Inklusion sich nicht auf den relativ geringen Anteil an Gehbehinderten beschränkt, sondern in den Schulen vielmehr die Schwerpunkte liegen bei Lern- und geistiger Behinderung sowie sozial-emotionalen Einschränkungen.

Die Entscheidung hierzu wird an den Kreisausschuss verwiesen.

Im Anschluss werden die Anträge für den Stellenplan erläutert.

Zur Stelle Intranet/Onlinezugangsgesetz sieht Herr Stellmann eine Bewertung bis zu EG 11, ggf. könnte auch eine EG 9c oder EG 10 ausreichend sein.

Der Antrag wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag zur Streichung der ½ Stelle EG 9a Bibliothek Lesekompetenz wird mehrheitlich empfohlen.

Der Antrag der CDU/GRÜNE/FDP-Gruppe bezüglich der ½ Stelle für den Museumsverband wird zurückgezogen.

Weiter geht Frau Würger auf die Stellungnahmen der Gemeinden Ovelgönne, Berne, Jade und Stadland zur Festsetzung der Kreisumlage im Haushaltsjahr 2024 ein. Alle Kommunen wurden noch vor der Anhörung des Landkreises angeschrieben und um Rückmeldung von Haushalts- wie auch Bilanzdaten gebeten zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Städte und Gemeinden. Bedauerlicherweise gaben hier nicht alle Kommunen Rückmeldungen, so dass eine ganzheitliche Beurteilung erschwert wurde.

Die Gemeinden äußern in ihren Stellungnahmen nunmehr insbesondere die Erwartung der Prüfung einer Kreisumlagesenkung mit Hinweis auf die höchste Umlagequote in Niedersachsen, weisen auf die Zuständigkeit des Landkreises für Kindertagesstätten hin und sehen ihre Aufgabenerfüllung als gefährdet. Frau Würger erklärt dazu, dass in der aktuellen Lage mit einem defizitären Haushalt des Landkreises und deutlich steigenden Fehlbeträgen in der Finanzplanung keine Möglichkeit einer Kreisumlagesenkung gesehen wird. Der Landkreis kann in 2024 einen Haushaltsausgleich nur aufgrund einer erwarteten Überschussrücklage nach erstmaliger Deckung alter kameraler und doppischer Schulden erreichen. Der Landkreis betreibt bei der Haushaltsaufstellung selbstverständlich eine kritische Überprüfung der Ansätze. Insbesondere die freiwilligen Leistungen werden intensiv betrachtet. Hinsichtlich des Umlagesatzes weist Frau Würger wie in Vorjahren auf die Unterschiede zu anderen Landkreisen hin. Ein alleiniger Vergleich des Umlagesatzes ist aufgrund unterschiedlicher Strukturen, Aufgabenwahrnehmungen und Steuerkraft nicht aussagekräftig. Dabei ist insbesondere der von den Kommunen angeführte Zuschuss zu Kindertagesstätten im Vergleich zu anderen Landkreisen deutlich höher. Im Landkreis erfolgt die Zahlung anhand einer bestehenden Vereinbarung mit allen Kommunen und erhöht sich zum Vorjahr um 1,3 Mio. EUR auf nunmehr 13,5 Mio. EUR. Der Landkreis hat daneben in den vergangenen Jahren diverse Zahlungen zur Entlastung der Kommunen

vorgenommen. Mit Blick auf die von den Gemeinden geäußerten Bedenken der eigenen Leistungsfähigkeit, geht Frau Würger auf die dem Landkreis vorliegenden Angaben der Finanz- und Schuldensituation wie auch den neben den Pflichtaufgaben noch wahrgenommenen freiwilligen Aufgaben der Kommunen ein. Die finanzielle Mindestausstattung wird nicht als gefährdet eingeschätzt.

Seitens der SPD-Fraktion wird beantragt, den Tagesordnungspunkt ohne Empfehlung an den Kreisausschuss weiterzugeben.

Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt sodann über die Beschlussempfehlung der Verwaltung ab. Dem Kreisausschuss wird mehrheitlich empfohlen:

Dem Haushaltsplan 2024 wird mit den Änderungen zugestimmt.

Der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 wird mit den Änderungen zugestimmt.

9	Haushaltssicherungskonzept 2024 Vorlage: 2023/FD20/208
----------	---

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Dem Kreisausschuss wird bei zwei Enthaltungen mehrheitlich empfohlen:

Dem Haushaltssicherungskonzept 2024 wird zugestimmt.

10	Investitionsprogramm 2024 - 2027 Vorlage: 2023/FD20/204
-----------	--

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Dem Kreisausschuss wird mehrheitlich bei zwei Enthaltungen empfohlen:

Dem Investitionsprogramm 2024 – 2027 wird mit den Änderungen zugestimmt.

11	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2023/FD20/205
-----------	---

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Einstimmig wird dem Kreisausschuss empfohlen:

Die folgenden Spenden werden angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt:

1) Sachspende der Firma Kronos Titan GmbH, Nordenham, an die Schule Am Siel im Wert von 1.968,00 Euro in Form eines Sandkastens

2) Sachspende der Firma Hartec GmbH, Elsfleth, an die Berufsbildenden Schulen Brake im Wert von 669,49 Euro in Form von 4 Bohrmaschinen-Handschaubstöcke für den Bereich Metalltechnik

12	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2023/FD20/203
-----------	---

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Einstimmig wird dem Kreisausschuss empfohlen:

Die folgenden Spenden werden angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt:

1) Sachspende des Fördervereins der Oberschule Rodenkirchen im Wert von 2.883,38 Euro in Form von vier Stahlbetonfundamenten für Fußballtore

2) Sachspende des Fördervereins des Gymnasiums Lemwerder e.V. im Wert von 4.334,68 Euro in Form von

- elektrischen Mikroskopen (1.993,82 Euro)
- Musikinstrumenten (1.988,00 Euro)
- diversen Spielen (352,86 Euro)

13	Verschiedenes
-----------	---------------

- keine Wortmeldungen -

Hafeneger
Stv.Ausschussvorsitz

Siefken
Landrat

Jehlicka
Protokollführung